



Deutscher Evangelischer
Krankenhausverband e.V.

Im Verbund der
Diakonie 

Pressemitteilung

Berlin, 14. Oktober 2025

Ungesundes Sparen

Chance auf Entbürokratisierung vertan: Sparvorschläge des BMG verkomplizieren Patient:innenversorgung im Krankenhaus

Die jetzt von Gesundheitsministerin Nina Warken vorgesehenen Sparvorschläge legen ein praktisches Dilemma offen, in dem sich Krankenhäuser in Deutschland aktuell befinden: Gesetzliche Personal- und Strukturvorgaben in Kombination mit allgemeinen Sparmaßnahmen gefährden zunehmend die wirtschaftliche Stabilität der Kliniken. Zugleich sollen und wollen die Kliniken für Patient:innen Versorgungssicherheit auf möglichst hohem Qualitätsniveau sicherstellen. Mit den neuen Sparvorschlägen droht dieser Anspruch auf bestmögliche stationäre Patient:innenversorgung aufgrund wirtschaftlicher Zwänge im deutschen Gesundheitssystem auf der Strecke zu bleiben.

Zurückzuführen ist das Dilemma vornehmlich auf die doppelte Belastung, mit der Krankenhäuser konfrontiert sind: Die Krankenhausreform führt neue Personal- und Strukturvorgaben ein, die von den Kliniken aufzubauen und zu finanzieren sind. Gleichzeitig werden den Krankenhäusern aufgrund allgemeiner Sparvorgaben die Mittel pauschal gekürzt. Das bedeutet: sinkende Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Kosten. Dieses Spannungsfeld gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Stabilität der Kliniken, sondern birgt damit auch ernsthafte Risiken für eine qualitativ angemessene Versorgungssicherheit.

Entbürokratisierung vorantreiben statt pauschaler Kürzungen

Statt pauschaler Einsparungen und neuen Regulierungen ist es aus Sicht des DEKV dringend erforderlich, die ursprünglich vorgesehene „Entbürokratisierung“ stärker in den Fokus zu rücken: Kliniken müssen von bürokratischen Pflichten entlastet werden, die keine Relevanz für die Versorgung haben. Auch Personal- und Strukturvorgaben sollten nur dort gelten, wo sie zur Behandlungsqualität tatsächlich beitragen. Ein ausgewogener Ansatz ist notwendig.

„Wenn 1,8 Milliarden Euro eingespart werden sollen, muss dem mindestens eine gleichwertige Reduktion bei Dokumentations- und Strukturvorgaben gegenüberstehen“, fordert Christoph Radbruch, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV).

Fixkostendegressionsabschlag aussetzen

Die geplanten Einsparungen bergen die Gefahr, dass Kliniken beispielsweise Eingriffe verschieben müssen, die nicht lebensnotwendig oder akut sind, nur um starre Personal- und Strukturvorgaben einzuhalten. Das führt zu Wartelistenmedizin. Daher ist es mindestens erforderlich, den Fixkostendegressionsabschlag bis zum Beginn der Vorhaltekostenfinanzierung auszusetzen. Durch die

Seite 1 von 2

 DEKV e.V.
Invalidenstr. 29
10115 Berlin

 office@dekv.de
 +49 30 80 19 86-0
 www.dekv.de

Vorsitzender **Verbandsdirektorin**
Christoph
Radbruch
Melanie
Kanzler

Steuer-Nr.
27.663.56113

USt.-ID-Nr.
DE 212944172

Abschaffung dieses Mengendeckels und fiskalischen Sanktionsinstruments würden erbrachte Mehrleistungen endlich belohnt. Krankenhäuser, die mehr versorgen, würden nicht länger bestraft. Aktuell wird jeder zusätzlich erbrachte Fall bei normaler Fallschwere mit einem Abschlag von 1.500 Euro sanktioniert.

„Wer versorgt, muss zusätzliche Leistungen ohne Abschläge abrechnen können. Dieser Vorschlag ist auch ein zielgerichtetes Instrument, um die gewünschte Leistungskonzentration der Krankenhausreform zu erreichen“, so Radbruch.

Nur wenn finanzielle Mittel gezielt in leistungsfähige und versorgungsrelevante Strukturen fließen und gleichzeitig unnötige Bürokratie reduziert wird, kann die Krankenhausversorgung in Deutschland nachhaltig gesichert werden.

Pressekontakt:

Medizin & PR GmbH – Gesundheitskommunikation
Barbara Kluge | Eupener Straße 60, 50933 Köln
E-Mail: barbara.kluge@medizin-pr.de | Tel.: 0221 / 77543-0

Melanie Kanzler | Verbandsdirektorin
E-Mail: kanzler@dekv.de | Tel.: 030 80 19 86-11

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband e.V. (DEKV) vertritt mit 180 evangelischen Kliniken an 255 Standorten jedes neunte deutsche Krankenhaus. Die evangelischen Krankenhäuser versorgen jährlich mehr als 1,7 Mio. Patientinnen und Patienten stationär und mehr als 3,7 Mio. ambulant. Das ist bundesweit jeder 10. vollstationäre Patient. Mit über 127.400 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 12 Mrd. € sind sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der DEKV ist der Branchenverband der evangelischen Krankenhäuser und Mitglied im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. und im Präsidium der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Der DEKV setzt sich insbesondere für eine zukunftsorientierte und innovative Krankenhauspolitik mit Trägervielfalt und Qualitätswettbewerb, verlässliche Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung, eine Modernisierung der Gesundheitsberufe und eine konsequente Patientenorientierung in der Versorgung ein.

Vorsitzender: Vorsteher Christoph Radbruch, Magdeburg, stellvertr. Vorsitzende: Andrea Trenner, Berlin, Schatzmeister: Dr. Holger Stiller, Düsseldorf, Verbandsdirektorin: Melanie Kanzler, Berlin.